



**Rede der Vorsitzenden der AfD-Fraktion, Britta Jendges,
anlässlich der Verabschiedung der Haushaltssatzung in der Sitzung
des Rates der Stadt Hürth am 10.02.2026**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Verwaltungsmitarbeiter,
sehr geehrte Bürger der Stadt Hürth,
sehr geehrte Pressevertreter,

der Haushaltsplan 2026 wird uns heute als „ausgeglichen“ vorgestellt. Doch diese Ausgeglichenheit ist eine optische Täuschung. Sie wird erkaufte durch einen massiven Verbrauch unserer Rücklagen und durch eine weiter steigende Verschuldung, die wir in die Zukunft verschieben.

Was wir heute beraten, ist kein Haushalt der Stabilität.
Es ist ein Haushalt des Aufschiebens.

Der Kämmerer hat die Lage zutreffend beschrieben: Die Schere zwischen stagnierenden Einnahmen und dauerhaft steigenden Ausgaben geht immer weiter auseinander. Allein im Jahr 2026 weist der Haushalt ein Defizit von fast 16 Millionen Euro aus, in der mittelfristigen Finanzplanung summieren sich die Fehlbeträge auf über 72 Millionen Euro in nur 4 Jahren.

Das sind keine abstrakten Zahlen. Das ist der fortschreitende Verbrauch kommunalen Vermögens, der unsere Handlungsfähigkeit künftiger Jahre ernsthaft gefährdet.

Der Bürgermeister spricht davon, handlungsfähig zu bleiben.
Wir sagen: Diese Handlungsfähigkeit wird gerade aufgebraucht.

Hinzu kommt, dass der Haushaltsplan auf optimistischen Annahmen bei den Einnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer, beruht. Viele Gewerbetreibende stehen durch massiv gestiegene Energie- und Betriebskosten infolge der gescheiterten Energiewende unter erheblichem Druck. Weitere Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste sind keineswegs ausgeschlossen. Umso unverständlicher ist es, dass der Haushaltsentwurf keine ausreichenden Risikopuffer vorsieht, um Einnahmeausfälle abzufedern, sondern stattdessen erneut auf Rücklagenverzehr und Hoffnungen setzt.



Fast die Hälfte aller städtischen Aufwendungen entfällt mittlerweile auf Transferleistungen. Ein großer Teil davon ist gesetzlich vorgegeben – aber eben nicht alles, was diesen Haushalt belastet.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen, für Verwaltung, für Beteiligungen und für Projekte, deren Nutzen für die breite Bevölkerung zumindest hinterfragt werden muss. Besonders deutlich zeigt sich das bei der stetig wachsenden Verlustabdeckung der Stadtwerke, die inzwischen ein Volumen erreicht hat, das den Haushalt dauerhaft belastet, ohne dass verbindliche Konsolidierungsziele erkennbar wären.

Wer in dieser Lage von Haushaltsdisziplin spricht, muss bereit sein, auch unbequeme Entscheidungen zu treffen und nicht nur Appelle zu formulieren.

Besonders auffallend ist, dass die aktuellen Vorschläge der SPD, sowie der Linken noch immer rein Ideologiegetrieben sind und nur zu Mehrbelastungen der Bürger führen. Damit stellen Sie unter Beweis, dass sie scheinbar noch immer nicht verstanden haben, in welchem desolaten Zustand sich unser Haushalt aktuell befindet.

Die AfD steht für einen leistungsfähigen, aber bezahlbaren Sozialstaat. Wir stehen an der Seite der Menschen, die hier leben, arbeiten, Familien gründen und unsere Stadt tragen.

Was wir jedoch ablehnen, ist ein System, in dem kommunale Haushalte durch dauerhaft wachsende Verpflichtungen überfordert werden, ohne dass es politische Konzepte gibt, diese Entwicklung zu begrenzen. Der vorliegende Haushalt beschreibt die Probleme, er löst sie aber nicht.

Investitionen ja - aber mit Maß, Priorität und Verantwortung.

Alles gleichzeitig, alles maximal, alles auf Kredit – dieses Prinzip zieht sich leider wie ein roter Faden durch den Investitionsteil des Haushalts.

Während wir Jahr für Jahr zweistellige Millionendefizite ausweisen, unsere Ausgleichsrücklage kontinuierlich abschmelzen und die Verschuldung weiter ansteigt, verzichtet die Stadt dennoch auf eine konsequente Priorisierung ihrer Vorhaben. Genau hier liegt der Kern des Problems: Wir finanzieren heutige Wünsche mit dem Vermögen von morgen und nennen das dann Handlungsfähigkeit.

Allein der Ausbau der Stadtbahn Linie 19 bindet erhebliche Investitionsmittel und erzeugt dauerhaft zusätzliche Betriebs- und Folgekosten, die den städtischen Haushalt über Jahrzehnte belasten werden. Zudem ist er keine zwingende Pflichtaufgabe der Stadt und schon gar nicht in einer Phase, in der wir gezwungen sind, Haushaltslöcher über Rücklagenverzehr und neue Kredite zu schließen.



Verantwortungsvoll wäre es, dieses Projekt noch zu stoppen, bevor der erste Spatenstich getätigt wird. Die AfD-Fraktion steht dafür bereit.

Meine Damen und Herren,

die aktuelle Haushaltsschieflage ist nicht vom Himmel gefallen. Sie war absehbar. Eine dauerhaft expansive Ausgabenpolitik in Verbindung mit immer neuen Projekten muss zwangsläufig zu genau dieser Situation führen.

Hinzu kommt ein weiterer Punkt, der im vorliegenden Haushaltsplan nur unzureichend berücksichtigt wird: die finanziellen Folgewirkungen der Klimaschutzziele, die mittlerweile leider Verfassungsrang haben.

Projekte, die vor Jahren beschlossen wurden, müssen heute unter völlig veränderten rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen umgesetzt werden. Die Aufnahme der Klimaziele ins Grundgesetz führt dazu, dass nahezu alle Investitionen mit zusätzlichen Anforderungen, Standards und Prüfungen verbunden sind. Diese verursachen erhebliche Mehrkosten, die bei den damaligen Planungen weder absehbar, noch realistisch kalkulierbar waren.

Diese zusätzlichen Belastungen werden den Haushalt der Stadt Hürth in den kommenden Jahren dauerhaft verschärfen. Umso dringlicher wäre es gewesen, den Investitionskatalog kritisch zu überprüfen und Projekte mit geringer Priorität zurückzustellen, statt sie unter zunehmend verteuerten Rahmenbedingungen weiterzuführen. Der Haushaltsplan benennt Klimaziele politisch, aber er bildet ihre finanziellen Folgen nicht transparent ab.

Ein Haushalt, der absehbare Entwicklungen ignoriert, steigende Kosten aus veränderten rechtlichen Rahmenbedingungen nicht offen ausweist und dennoch an nicht zwingenden Projekten festhält, ist kein Ausdruck von Weitsicht, sondern von politischem Wegsehen auf Kosten der Bürger und künftiger Generationen.

Aus diesen Gründen kann die AfD-Fraktion diesem Haushaltsplan in seiner vorliegenden Form nicht zustimmen.

Vielen Dank.